

**INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE**

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
 Gesendet: Freitag, 10. Juni 2011 11:43  
 An: nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at; presse@gruene.at  
 Betreff: Sammelmeldung 10.06.2011  
 Anlagen: image001.jpg



**Plattform EduCare**  
 elementare und außerschulische Bildung  
**Informationsdienst**  
<http://www.Plattform-EduCare.org>  
[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

Telefon: +43 (664) 73592265

Sie finden uns auch auf

Elementarbildungs-Informationsblog

**Wir ersuchen Sie, die Arbeit der Plattform EduCare auch finanziell zu unterstützen.**

Einerseits durch einen freiwilligen Mitgliedsbeitrag (Private vielleicht € 50,00, Organisation etwa € 100,00 – jeder Beitrag ist höchst hilfreich!)  
 und  
 andererseits durch einen „Anerkennungsbeitrag“ für die Aussendungen des Informationsdienstes in Höhe von € 10,00 (oder mehr) pro Kalenderjahr.

Unsere Kontoverbindung BLZ 11000 Bank Austria, Konto Nr. 09726603500, IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500, BIC: BKAUATWW.

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES  
 VOM 10.06.2011 11:42:38**

TOP-THEMA

Studie: Heuer 127 Millionen Euro für private Nachhilfe

MEINUNG

Die andere unbequeme Pädagogik

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK

Elementarpädagogische Datenbank

Das Mediendebakel der Politischen Bildung

Grüne wollen Noten in Volksschule abschaffen

Gegen Trennung von SchülerInnen nach der Volksschule

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

BURGENLAND

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Meldungen:

Neue Mittelschulen: Direktoren schlagen Alarm

Kindergärten protestieren gegen Kürzungen

Weniger Geld: Horte gehen auf die Barrikaden

NIEDERÖSTERREICH

Meldungen:

Mittelschule: SPÖ will Gymnasien inkludieren

BERÖSTERREICH

Meldungen: keine

SALZBURG

Meldungen:

Absage für Gratis-Kindergärten bis 2014

STEIERMARKE

Meldungen:

Steirer geben 13 Mio. Euro für Nachhilfe aus

Bei frühzeitigem Ferienantritt droht eine Anzeige

TIROL

Meldungen:

Jugendwohlfahrt sucht dringend Pflegeeltern

"Nachhilfeboom schreit nach Reformen"

Sozialprojekt "startma!" steht vor dem Aus

VORARLBERG

Meldungen:

[Armutrisiko: Frauen mit Kindern](#)  
[Forum zum Thema "Mehrsprachigkeit"](#)WIEN

Meldungen: keine

ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER[Kampf ums Kind: "Der entsorgte Vater"](#)[Unklare Machtverhältnisse in der Erziehung](#)FAMILIE / FAMILIENPOLITIK[Studie: Bürger sehen Österreich als kinderfeindliches Land](#)KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG[Wurm: Förderung der Kinderbetreuungsangebote ist Schlüssel zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie](#)[Musiol an SPÖ und ÖVP: Mehr Betreuungsplätze, mehr Kinder](#)KINDERGARTEN[Musiol: Mödlhammer hält Akademisierung von KindergartenpädagogInnen für überflüssig](#)[Wie der Kindergarten zur Schule wird](#)KINDERRECHTE[JUGENDVERTRETUNG: Kinderrechte müssen endlich in der Realität ankommen!](#)MÄNNER IM KINDERGARTEN[Männeranteil in Norwegens Kitas](#)MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION["Die Vermeidung der Risiken ist das größte Risiko"](#)PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN**Vorlagen: Unterricht**[Schulische Tagesbetreuung soll ausgebaut werden](#)VORSCHULE[Vorschule macht sich bezahlt - für Staat und Kinder](#)VERANSTALTUNGEN UND EVENTS[Podiumsdiskussion zum Bildungsvolksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“](#)[Erfolgsfaktor Familie - Wege zu einer gerechten Familienpolitik](#)SONSTIGES["Eine gute Ausbildung für die Kinder und ich kann in Frieden sterben"](#)IMPRESSUM UND HINWEISE[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

-

**TOP-THEMA****Studie: Heuer 127 Millionen Euro für private Nachhilfe****Mehr als drei Viertel der Eltern werden nach Dienstschluss zum Nachhilfелеhrer ihrer Kinder. Sie leisten gratis die Arbeit von 47.000 Vollzeitbeschäftigten.**

Die Eltern und ihre Geldbeutel sind in Österreich bei der Nachhilfe nach wie vor kräftig gefordert - und das sogar mit leicht steigender Tendenz: Mit 77 Prozent fällt der Anteil der Mütter und Väter, die freiwillige Hilfslehrer sind, um zwei Prozentpunkte höher aus als 2010. Für private Nachhilfe zahlen die Eltern heuer 127 Millionen Euro, im Vorjahr waren es 126. Am meisten Geld wurde dafür in Wien ausgegeben (866 Euro pro Kind jährlich) und am wenigsten im Bundesland Salzburg (566 Euro pro Kind jährlich). Das ergab eine von der Arbeiterkammer (AK) in Auftrag gegebene lfes-Umfrage unter 2.760 Haushalten in Österreich.

**Nachhilfe in Volksschule ging zurück**

Nur Volksschulkinder nehmen heuer sehr viel weniger Nachhilfe in Anspruch: Statt im Vorjahr 13 Prozent sind es 2011 sechs Prozent (vier Prozent bezahlt, zwei Prozent gratis etwa in Jugendzentren oder karitativen Einrichtungen). In der Hauptschule sind es heuer 18 Prozent (zwölf Prozent bezahlt, sechs Prozent gratis), in der AHS-Unterstufe 21 Prozent (17 Prozent bezahlt, vier Prozent gratis), in der AHS-berstufe - plus zehn Prozentpunkte - 37 Prozent (34 Prozent bezahlt, drei Prozent gratis), in der berufsbildenden mittleren Schulen (BMS) 28 Prozent (19 Prozent bezahlt und 9 Prozent gratis) und in den berufsbildenden höheren Schulen (BHS) 28 Prozent (22 Prozent bezahlt, sechs Prozent gratis).

Die jährlichen Ausgaben pro Kind, das bezahlte Nachhilfe erhält, liegen in der Volksschule heuer im Schnitt bei 681 Euro, in der Hauptschule bei 578

Euro, in der AHS-Unterstufe bei 641 Euro, in der AHS-Oberstufe bei 831 Euro, in der Berufsbildenden Mittleren Schule bei 639 Euro und in der Berufsbildenden Höheren Schule bei 671 Euro.

### Lernen kostet 80 Millionen Stunden Freizeit

Nach wie vor lernen mehr als drei Viertel der Eltern nachmittags regelmäßig mit ihren Kindern. Unter Berücksichtigung von Mehrfachnennungen bei mehreren Kindern in der Familie lernen 32 Prozent der Eltern sogar täglich mit den Sprösslingen und 26 Prozent zwei bis drei Mal in der Woche. Das gemeinsame Lernen koste Eltern und Kinder nach Dienstschluss in etwa 80 Millionen Stunden Freizeit im Jahr, errechnete die AK.

Der Anteil der Kinder, die private Nachhilfe brauchen, beträgt 27 Prozent. Hochgerechnet sind das 270.000 Kinder, von denen aber laut Studie 70.000 keine Nachhilfe bekommen, da sich das die Eltern nicht leisten können.

### AK-Präsident: Halbtagsystem sei schuld

Einmal mehr machte AK-Präsident Herbert Tumpel das "alte Halbtagschulsystem" für die hohen Belastungen verantwortlich: "Es übernimmt zu wenig Verantwortung für den Lernerfolg", sagte er am Donnerstag bei einem Pressegespräch in Wien. 85 Prozent der Eltern, deren Kinder Nachhilfe in Anspruch nehmen, wünschen sich mehr Förderunterricht, 69 Prozent schulische Nachmittagsbetreuung und knapp über die Hälfte gleich Ganztagschulen.

Die AK schlägt individuelle Unterstützung vor, wenn in der Schule das Scheitern droht, sowie Förderung statt Sitzenbleiben und keine Verzögerung beim Ausbau der ganztägigen Schulen bei gleichzeitiger Qualitätssicherung.

[http://lehrer.diepresse.com/home/hoehereschulen/668976/Studie\\_Heuer-127-Millionen-Euro-fuer-private-Nachhilfe?\\_vl\\_backlink=/home/index.do](http://lehrer.diepresse.com/home/hoehereschulen/668976/Studie_Heuer-127-Millionen-Euro-fuer-private-Nachhilfe?_vl_backlink=/home/index.do)

→ Siehe auch: ["Nachhilfeboom schreit nach Reformen"](#)

→ Siehe auch: [Steirer geben 13 Mio. Euro für Nachhilfe aus](#)

## MEINUNG

### Die andere unbequeme Pädagogik

Betrachtet man die gegenwärtigen Schulmodelle, scheint es einen Wildwuchs im Bildungssystem zu geben, der kaum noch beziehungsweise sehr schwer überblickt werden kann.

Bildung kann heutzutage ein wissenschaftlich interessantes Feld sein – vor allem dann, wenn man den Weg sucht. Wir finden zum ersten Mal bei Wilhelm von Humboldt eine Gliederung des Schulwesens. Dieses Schulwesen ist ein differenziertes System. Reformpädagogen wie Maria Montessori oder Hartmut von Hentig haben einige wichtige Beiträge für die Schule geleistet, sind aber auch durch Fehlleistungen bekannt geworden.

Man kann dem Schüler dabei helfen, sich selbst Wissen anzueignen. Es müssen jedoch klare Regeln existieren, damit wir überhaupt den gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht werden. Die Schule als Lebensraum zum Wohlfühlen hat ihre Berechtigung, doch nur dann, wenn sich das Kind auch in der Familie wohlfühlen kann.

Es entsteht nun eine Kluft zwischen moderner und konservativer Erziehung, meint man herauszulesen. Wo sich das Bildungssystem derzeit auf der Links-Rechts-Skala befindet, bleibt dem Leser überlassen. Alle sollen die gleichen Chancen bekommen, die Leistungsdifferenzierung soll in der Schule der 10- bis 14-Jährigen aufgehoben werden, und der Unterricht soll lustbetont dem Schüler die Möglichkeit geben, sich aus dem Angebot das Richtige herauszusuchen.

Ein Lebensraum für alle Schüler soll die Familie sein, dort werden die Kinder von ihren Eltern erzogen, dort lernen sie, wie individuell Werte gelebt werden. Auch in der Schule findet Erziehung statt, Erziehung und Schule lassen sich nicht voneinander trennen. Deshalb müssen auch Erziehungsmethoden wieder in der Schule möglich sein.

An keinem Arbeitsplatz wird nur lustbetont gearbeitet. Lernen stellt eine harte und manchmal sehr mühsame Arbeit dar. Das ausschließlich spielerische Vermitteln von Lerninhalten verweigert die Realität. Lernen muss etwas mit Leistung zu tun haben. Es geht nicht darum, die Schüler mit der Ausbildung in die Gesellschaft zu integrieren, sondern es geht darum, ihnen die Anforderungen der Gesellschaft in der Schule beizubringen.

Gerechtigkeit kann es in einem Schulsystem nur geben, wenn man sich der unterschiedlichen individuellen, gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen bewusst wird. Da kann es keine gemeinsame Schule geben, wenn die Voraussetzungen keine gemeinsamen sind. Es wäre fairer, auf der Basis der Differenzierung eine Ausbildung zu ermöglichen, damit jeder den richtigen Platz in der Gesellschaft findet. Der deutsche Erziehungswissenschaftler Hermann Giesecke fordert die Reduktion der Schule und die Rückkehr zu den eigenen Aufgaben der Schule. Die zeitgeistige Verirrung müsse wieder behoben werden.

Bei Misslingen wird Ivan Illichs Sichtweise von der Abschaffung der Schulen bald mehr Relevanz haben, als uns lieb ist. Der Pädagoge Illich wartet schon auf größere Beachtung. Vor den Verirrungen des Zeitgeists gewarnt.

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4445&Alias=wzo&cob=563445>

## BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK

Elementarpädagogische Datenbank

### Das Mediendebakel der Politischen Bildung

**Warum das vielbeklagte Desinteresse am "Lernziel Demokratie" nur allzu verständlich ist - Und was getan werden müsste, um das Anliegen aus der Randzone der öffentlichen Wahrnehmung herauszuführen**

Im Wonnemonat Mai fanden Aktionstage Politische Bildung statt. Im Parlament gab es danach eine Enquete "Demokratie Lernen". Beides führte zu medial kaum auffindbaren Randnotizen. Stattdessen wurde der Blödsinn-Sager eines Bankdirektors zum Quotenbringer. Vielleicht werden Rülpsen der Politik lieber kommentiert, weil theoretisch sowieso alle für politische Bildungsarbeit sind. Niemand streitet öffentlich die Notwendigkeit des Erlernens von Demokratie ab. Sobald es konkret wird, gibt es freilich jede Menge Klischees.

Warum das vielbeklagte Desinteresse am "Lernziel Demokratie" nur allzu verständlich ist - Und was getan werden müsste, um das Anliegen aus der

Randzone der öffentlichen Wahrnehmung herauszuführen

Im Wonnemonat Mai fanden Aktionstage Politische Bildung statt. Im Parlament gab es danach eine Enquete "Demokratie Lernen". Beides führte zu medial kaum auffindbaren Randnotizen. Stattdessen wurde der Blödheit-Sager eines Bankdirektors zum Quotenbringer. Vielleicht werden Rülpsen der Politik lieber kommentiert, weil theoretisch sowieso alle für politische Bildungsarbeit sind. Niemand streitet öffentlich die Notwendigkeit des Erlernens von Demokratie ab. Sobald es konkret wird, gibt es freilich jede Menge Klischees.

An erster Stelle stehen da Vorwürfe der Parteibezogenheit. Doch die Hauptgefahr ist Apathie und nicht Parteilichkeit. Das gelangweilte Herunterbeten von Geschichtszahlen und Gesetzen wäre schlimmer als seltsame Wahlkampfcomics. 2010 wurden solche von der FPÖ bekanntlich als angeblich bildend dargestellt, doch müssten sie sich bei guter politischer Bildungsarbeit selbst disqualifizieren.

Die Antwort darauf darf nicht Realitätsverweigerung sein. Wer kritisch bilden will, kann nicht wegen seiner Skepsis zur Verkehrsentwicklung das Folgehändeln gestalten, als gäbe es keine Autos. Das gilt analog für Medientrends und trotzdem existierende Massenmedien. In der Politischen Bildung gibt es unverändert einen Konzeptmangel, via Medien breitenwirksam - und nicht lediglich für ohnehin Interessierte - zu kommunizieren.

#### Realitätsverweigerung?

1. Zwischen den meisten Politikvermittlern und ihrem Publikum liegen sowohl Jahrzehnte als auch Medienwelten. Der gegenseitige Alltagsbezug gleicht jenem von Bundesland Heute und Twitter. Neben Tweets und Postings ist die brutale Verkappung der Politik auf Fernsehtöne von 15 Sekunden und dreistellige Zeichenzahlen für Zeitungsmeldungen genauso ein Problem.

Die Antwort darauf darf nicht Realitätsverweigerung sein. Wer kritisch bilden will, kann nicht wegen seiner Skepsis zur Verkehrsentwicklung das Folgehändeln gestalten, als gäbe es keine Autos. Das gilt analog für Medientrends und trotzdem existierende Massenmedien. In der Politischen Bildung gibt es unverändert einen Konzeptmangel, via Medien breitenwirksam - und nicht lediglich für ohnehin Interessierte - zu kommunizieren.

2. Politische Bildung geht generell zu selten dorthin, wo es wehtut. Ein Beispiel: Die exzellente Demokratiewerkstatt des Parlaments kommt acht- bis 14-jährigen Kindern zugute, die sich extra Zeit nehmen und hingehen. Alle, die infolge ignoranter Lehrer und Eltern demotiviert oder gar abgehalten werden, erfahren nichts davon.

Viele Projekte werden von und für übliche Unverdächtige gemacht. Politische Bildung verkommt zur Inzestveranstaltung jener, die sich in ihrem demokratischen Grundkonsens einig sind. Politikverweigerer sowie bildungsferne Schichten werden nicht erreicht. Im Extremfall verteuelt man bewusst oder unbewusst ausgerechnet in der Politischen Bildung große Gruppen als dumm, undemokratisch und Schlimmeres.

Angesichts des erwähnten Comicheftes müsste man knapp 30 Prozent FPÖ-Anhänger in der Wienwahl und aktuellen Umfragen durch Politische-Bildung-Programme speziell ansprechen. Geschieht das, oder werden sie voller Scheintoleranz pauschal abgeschreckt? Dass politische Bildner lieber mit den restlichen 70 Prozent unter sich bleiben, können nur Streetworker im Kontakt mit Hooligans glaubwürdig verneinen.

3. Auch ist Politische Bildung zu sehr auf die Schule fokussiert. Die außerschulische Jugendarbeit ist oft wichtiger, entsprechende Aus- und Fortbildung für dort Tätige erst in den Anfängen. Studien zeigen weiters, dass junge Erwachsene von 20 bis 30 Jahren eine echte Problemgruppe sind. Während mit all seinen Schwächen der Bereich Schule vielfältige Kommunikationskanäle für Politische Bildung bietet, ist bei den Twens keiner zuständig.

Die gehen nicht auf klassische Veranstaltungen von Volkshochschulen. Seitens der Sozialpartner bestehen bloß in Großbetrieben ein paar Anknüpfungspunkte. Wer anderswo oder als Arbeitsloser seinen Politfrust pflegt, wird von Kammern und Gewerkschaften nicht erfasst.

#### Bankrotterklärung

4. Politik ist schlecht, Politische Bildung ist gut - diese Vereinfachung trifft den Kern eines Dilemmas. Das Negativimage von Politikern und Parteien ist gigantisch. Politische Bildner gewinnen an Profil, wenn sie dazu launig ihr Scherflein beitragen. Aus gutem Grund: Durch den Befund der Schrecklichkeit unseres politischen Systems haben wir es leichter, mehr Ressourcen für die eigene Arbeit zu fordern. Fällt keinem auf, dass die permanente Rede vom "Ende der Demokratie", abgesehen davon, dass der Befund so nicht stimmt, eine Bankrotterklärung aller bisherigen Leistungen für Politische Bildung darstellt?

Vor allem ist klar, dass Adressaten der Politischen Bildung nach all dem Grausen über Politik nicht urplötzlich Politische Bildung als spannend empfinden. Wen soll das überhaupt interessieren? Nur für zehn Prozent der Bevölkerung ist Politik ein wichtiger Lebensbereich. Durchschnittsbürger beschäftigen sich 20 Minuten mit Politik - nicht pro Tag, sondern in der Woche.

Politische Bildung in Österreich hat sich mit Kompetenzmodellen als klares Lernziel für Sachwissen, methodische Grundkenntnisse und darauf basierende Urteils- und Handlungsfähigkeiten inhaltlich etabliert. Doch bei den Kommunikationskanälen in einer Mediendemokratie zur Ansprache der Politikfernen stehen wir erst am Anfang.

<http://derstandard.at/1304554113116/Jugend-und-Politik-Das-Mediendebakel-der-Politischen-Bildung>

## Grüne wollen Noten in Volksschule abschaffen

**Ziffernnoten sind ein "Hemmschuh", meint Bildungssprecher Walser - Er setzt auf Kompetenz statt Faktenwissen**

Wie so vieles im österreichischen Schulsystem stammen auch die Ziffernnoten aus dem 19. Jahrhundert. Die Grünen haben sich schon öfter gegen dieses System der Leistungsbeurteilung ausgesprochen. Nun fordern sie in einem Entschließungsantrag die "weitesgehende Abschaffung der Ziffernnoten, jedenfalls an den Volksschulen". Stattdessen sollen die Leistungen von Schülern mit anderen Methoden, wie beispielweise Pensenbüchern, in die Lernfortschritte eingetragen werden, und lernzielorientierter Beurteilung überprüft werden.

<http://derstandard.at/1304554033627/Gruene-wollen-Noten-in-Volksschule-abschaffen>

## Gegen Trennung von SchülerInnen nach der Volksschule

Auf der Homepage der Initiative kann die Petition unterzeichnet werden. Die Initiative unterstützt das Bildungsvolksbegehren "Österreich darf nicht sitzen bleiben" und setzt sich für die "Gemeinsame Schule aller zehn- bis 14-jährigen" ein.

[http://www.ots.at/presseaussendung/□TS\\_20110608\\_□TS0277/gegen-trennung-von-schuelerinnen-nach-der-volksschule](http://www.ots.at/presseaussendung/□TS_20110608_□TS0277/gegen-trennung-von-schuelerinnen-nach-der-volksschule)

## BILDUNGSVOLKSBEGEHREN



## VOLKSBEGEHREN BILDUNGSINITIATIVE

Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen, somit der Gesellschaft insgesamt und ihres wirtschaftlichen Wohlstandes. Diese bestmöglich durch Bildung zu entwickeln ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit.

Die Plattform EduCare unterstützt das überparteiliche Volksbegehren und hofft, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufbricht.

Wir rufen Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.

Den genauen Text der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens finden Sie [hier](#).

Ihre Meinung zum Thema "Bildung" ist auch in einer Studie gefragt: [Die Beantwortung der Fragen nimmt ca. 8 Minuten in Anspruch](#).

### BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

#### BURGENLAND



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

Meldungen: keine

#### KÄRNTEN



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

#### Meldungen:

##### Neue Mittelschulen: Direktoren schlagen Alarm

Die Direktoren der Neuen Mittelschulen in Kärnten sind in heller Aufregung. Grund dafür sind Einsparungspläne des Landes. Die Schulleiter sagen, die neuen Vorgaben machen den laufenden Schulbetrieb unmöglich. Die Neue Mittelschule soll eine ...  
<http://kaernten.orf.at/stories/520226/>

##### Kindergärten protestieren gegen Kürzungen

Unter dem Titel "Kinderbetreuung auf Sparflamme" haben Kindergarten- und Hortbetreiber am Mittwoch in Klagenfurt einen Aktionstag abgehalten. Sie protestieren gegen Förderungskürzungen.  
<http://kaernten.orf.at/stories/520177/>

##### Weniger Geld: Horte gehen auf die Barrikaden

Vormittag wurde bei einer Pressekonferenz mit drastischen Worten die schier ausweglose Situation geschildert, nachmittags fand im Klagenfurter Landf Problematik aufmerksam zu machen. ...

[http://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/klagenfurt/2761258/weniger-geld-horte-gehen-barrikaden\\_story](http://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/klagenfurt/2761258/weniger-geld-horte-gehen-barrikaden_story)

#### NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: [www.noe.gv.at](http://www.noe.gv.at)

#### Meldungen:

##### Mittelschule: SPÖ will Gymnasien inkludieren

Das Niederösterreich-Modell "Neue Mittelschule", das eigentlich nur für zwei Jahre geplant gewesen sei, werde nun auch nach diesen zwei Jahren weitergeführt. Damit habe sich in der Realität eine Forderung der SPÖ erfüllt, nämlich die Neue Mittelschule ...  
<http://noe.orf.at/stories/520023/>

#### BERÖSTERREICH

Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

**SALZBURG**Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

---

**Meldungen:****Absage für Gratis-Kindergarten bis 2014**

Die generelle Einführung des Gratis-Kindergartens in Salzburg werde bis 2014 nicht umsetzbar sein. Diese Ansicht vertritt der Vizebürgermeister der Stadt Salzburg, Martin Panosch (SPÖ). LH Gabi Burgstaller ist anderer Meinung.

<http://salzburg.orf.at/stories/519971/>

---

**STEIERMARK**Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

---

**Meldungen:****Steirer geben 13 Mio. Euro für Nachhilfe aus**

Damit unterstützt die Arbeiterkammer auch das Bildungsvolksbegehren. Dadurch verspricht sich die AK eine Steigerung des Bildungsniveaus.

Optimistisch gedacht, so Rotschäd, müssten die ersten Schritte für eine Ganztageschule bis spätestens 2020 in die ...

<http://steiermark.orf.at/stories/520080/>

---

**Bei frühzeitigem Ferienantritt droht eine Anzeige**

Bei sehr vielen Fehlstunden wird die Jugendwohlfahrt eingeschaltet. Wesentlich mehr Anzeigen trafen übrigens in Niederösterreich (67) und Tirol (60) ein. ...

<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2759458/bei-fruehzeitigem-ferienantritt-droht-anzeige.story>

---

**TIROL**Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

**Meldungen:****Jugendwohlfahrt sucht dringend Pflegeeltern**

Die Arbeit der Imster Jugendwohlfahrt wird mehr und vielfältiger. Nicht zuletzt deshalb werden Pflegeeltern immer gefragter. Im Herbst starten neue Kurse. ...

<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikTirol/ChronikTirolContainer/2861877-8/jugendwohlfahrt-sucht-dringend-pflegeeltern.csp>

---

**"Nachhilfeboom schreit nach Reformen"**

Die Nachhilfe floriert und selbst die Eltern helfen noch mit. Die Zeit für die Ganztageschule ist mehr als reif.

<http://www.live-pr.com/tiroler-tageszeitung-leitartikel-vom-r1048939264.htm>

---

**Sozialprojekt "startma!" steht vor dem Aus**

Wieder steht in Tirol ein Sozialprojekt vor dem Aus. Bis jetzt gibt es für "startma!" vom Bund keine Finanzierungszusage für 2012. "startma!" unterstützt Jugendliche mit sozialen oder psychischen Problemen. Konkret geht es um die fehlende ...

<http://tirol.orf.at/stories/520259/>

---

**VORARLBERG**Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

**Meldungen:****Armutrisiko: Frauen mit Kindern**

Auch die Schuldenberatung in Vorarlberg hält die Einkommen von Alleinerzieherinnen für zu gering. Jede achte Frau mit Kindern unter 15 Jahren ist alleinerziehend. Einer Studie des Sozialministeriums zufolge ist etwa ein Drittel der Alleinerzieherinnen ...

<http://vorarlberg.orf.at/stories/519744/>

---

**Forum zum Thema "Mehrsprachigkeit"**

Donner, die heute akzentfrei und perfekt deutsch spricht, wuchs als Kind mit serbokroatischer Muttersprache in Vorarlberg auf und lernte Deutsch im Kindergarten. Als Kind habe sie sich geradezu geweigert, serbokroatisch zu sprechen, ...

<http://vorarlberg.orf.at/stories/519995/>

---

**WIEN**Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

---

Meldungen: keine

---



---

## ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER

---

### Kampf ums Kind: "Der entsorgte Vater"

Und sie kämpfen dafür, dass ihre Familie zusammenbleibt. Traurig: Manchmal klappt es nicht, die Liebe verblasst, die Beziehung zerbricht. Besonders schlimm, wenn dann die Kinder zur Waffe im Trennungskonflikt werden. Beim Streit ums Sorgerecht ...

<http://www.eltern.de/familie-und-urlaub/familienleben/der-entsorgte-Vater.html>

---

### Unklare Machtverhältnisse in der Erziehung

#### Wenn Kinder zu Tyrannen werden

Kinder- und Jugendpsychiater referierte in Neuenkirchen-Vörden:

Mit seinem Buch „Warum Kinder Tyrannen werden – Oder: Die Abschaffung der Kindheit“ landete der Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Michael Winterhoff 2008 einen Bestseller. Seine viel diskutierten Thesen zum Thema „Kindererziehung“ hat der in Bonn niedergelassene Facharzt vor rund 200 interessierten Lehrern und Eltern im Neuenkirchener „Kulturbahnhof“ vorgestellt.

<http://www.noz.de/lokales/54759136/wenn-kinder-zu-tyrannen-werden-kinder-und-jugendpsychiater-referierte-in-neuenkirchen-voerden>

---

## FAMILIE / FAMILIENPOLITIK

---

### Studie: Bürger sehen Österreich als kinderfeindliches Land

Ist flächendeckende Kinderbetreuung also der Schlüssel? Die Umfrage gibt widersprüchliche Antworten. Zwar sind in den Topnationen Dänemark und Frankreich viel mehr Kleinkinder in Betreuung als in Österreich, wo 42 Prozent mehr Gratisplätze für die ...

<http://derstandard.at/1304553991318/Maenner-scheuen-Verantwortung-Je-hoehere-der-Emanzipationsgrad-in-einem-Land-desto-mehr-Kinder>

→ Siehe auch: **JUGENDVERTRETUNG: Kinderrechte müssen endlich in der Realität ankommen!**

→ Siehe auch: Veranstaltung: **Erfolgsfaktor Familie - Wege zu einer gerechten Familienpolitik**

---

## KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG

---

### Wurm: Förderung der Kinderbetreuungsangebote ist Schlüssel zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie

#### Erfolgsgeschichte Kinderbetreuung: 17.000 Betreuungsplätze und 6.000 Jobs

SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Gisela Wurm betont, wie notwendig die von der SPÖ-geführten Bundesregierung durchgesetzte Förderung des Ausbaus der Kinderbetreuung sei, zeige sich auch aufgrund der Ergebnisse einer kürzlich präsentierten Befragung der Stiftung für Zukunftsfragen unter 1.000 Österreicherinnen und Österreicher ab 15 Jahren. "40 Prozent der Befragten geben an, dass sich Karriere und Kinder schlecht vereinbaren lassen und sie deshalb auf Kinder verzichten wollen. Nur 39 Prozent stimmten der Aussage zu, Männer sollten mehr familiäre Verantwortung übernehmen. Umso wichtiger ist die beschlossene Förderung für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. Stimmen die Angebote, wird sich langfristig auch was in den Köpfen ändern", so Wurm am Donnerstag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. \*\*\*\*

Auf der Regierungsklausur wurde eine Fortführung der begonnenen Projekte mit einer Zwischenfinanzierung von zehn Millionen Euro beschlossen. In den Jahren 2012, 2013 und 2014 gibt es jährlich 15 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung. "Auch mit dem Ausbau der Ganztagesbetreuung werden wir die Situation der Kinder und Eltern verbessern", so Wurm. Lob gibt es von Wurm für den Koalitionspartner, der endlich auch die Notwendigkeit eines Betreuungsangebotes für Unter-Drei-Jährige erkannt hat. "Von diesen Maßnahmen profitieren alle, die Kinder, die Eltern genauso wie die Wirtschaft. Dieses Geld ist gut investiert", so Wurm abschließend.

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,  
Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## Musiol an SPÖ und ÖVP: Mehr Betreuungsplätze, mehr Kinder

### Grüne fordern endlich Maßnahmen anstatt Worthülsen

"Seit Jahren wissen wir, dass die ÖsterreicherInnen gerne mehr Kinder hätten, als sie letztendlich bekommen. Die Sorge um schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um die eigene Karriere sind für die Eltern wichtige Grundlagen für ihre Entscheidung", erklärt Daniela Musiol, Familiensprecherin der Grünen.

Bis jetzt haben SPÖ und ÖVP nichts unternommen, um jungen Menschen mit Kinderwunsch entgegenzukommen: "Erstens fehlen in ganz Österreich Kinderbetreuungsplätze und auch bei der Qualität der Plätze wird immer nur gespart. Breit greifende Maßnahmen, die eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei Familienarbeit bringen, sind bis jetzt ausgeblieben", kritisiert Musiol.

Die Grünen fordern deshalb die Einführung eines Papamonats, die Ausweitung der Vätermonate beim Kinderbetreuungsgeld sowie die Erarbeitung neuer Arbeitszeitmodelle. So können beide Elternteile zugleich berufstätig sein und sich die Kinderbetreuung aufteilen. "Ich halte es für zielführend ein breites Bündel an attraktiven Maßnahmen auch für Väter zur Verfügung zu stellen, denn aus anderen Bereichen wissen wir: das Angebot schafft oft erst die Nachfrage", meint Musiol.

Rückfragehinweis:  
Die Grünen  
Tel.: +43-1 40110-6697  
<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## KINDERGARTEN

---

### Musiol: Mödlhammer hält Akademisierung von KindergartenpädagogInnen für überflüssig

#### Grüne fordern: KindergartenpädagogInnen in Bundeskompetenz

"Es ist höchste Zeit, dass sich Mödlhammer auf den aktuellen Stand in Bildungsfragen bringt. 'Aufbewahrung' im Kindergarten ist ebenso passé wie die fürsorgende 'Kindergartentante'. Krippen und Kindergärten sind die ersten Bildungsstationen unserer Kinder. Gezielte Frühförderung muss durch ein hochqualifiziertes und adäquat bezahltes Personal erfolgen", betont Daniela Musiol, Familiensprecherin der Grünen.

Die österreichische Situation als europaweit vorbildlich zu nennen, zeugt sowohl von Unkenntnis als auch Zynismus. Nur mehr in Österreich und Malta werden PädagogInnen in der Sekundarstufe ausgebildet. "Ich bin froh, dass die Regierung den Handlungsbedarf bei der Ausbildung von KindergartenpädagogInnen erkannt hat, und an einer Reform gearbeitet wird", so Musiol.

Mödlhammers Ablehnung einer Ausbildung auf Hochschulniveau passiert aus Angst vor erneuten Belastungen für die Gemeinden. Das ist nachvollziehbar. Aufgrund der Intensivierung des Ausbaus in der Kinderbetreuung haben die Gemeinden große finanzielle Belastungen und stoßen an ihre Grenzen. Doch anstatt die aktuelle Betreuungssituation und deren Qualität schön zu reden, muss die Frage der Zuständigkeit geändert werden. Der Bund muss sowohl für Ausbildung und Entlohnung der KindergartenpädagogInnen als auch für österreichweit einheitliche Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung zuständig sein. "Denn Bildungsgerechtigkeit braucht gleiche Startbedingungen für alle Kinder. Daher fordere ich die Regierung auf: Runter von der Bildungsbremse!", betont Musiol.

Rückfragehinweis:  
Die Grünen  
Tel.: +43-1 40110-6697  
<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

→ Siehe auch: [Elementares Bildungswesen braucht Standards](#) und [Offener Brief an Präsident Mödlhammer und den Österreichischen Gemeindebund](#)

---

## Wie der Kindergarten zur Schule wird

Der Ordner mit den Vorgaben des Bildungsplans steht in einem Regal im Personalraum der ... Vielmehr geht es beim Bildungsplan darum, das Lernen zu lernen ...

<http://www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Wie-der-Kindergarten-zur-Schule-wird-artikel7675146.php>

## KINDERRECHTE

### JUGENDVERTRETUNG: Kinderrechte müssen endlich in der Realität ankommen!

Aktuelle Studie zu Kinderfreundlichkeit zeigt Handlungsbedarf für Regierung in Sachen Kinderrechte und Frauenförderung auf!

Die negativen Werte aus der aktuellen Studie über Kinderfreundlichkeit in Österreich bestätigen für die Bundesjugendvertretung (BJV) das Klima, das ihr auch als Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen entgegenschlägt: "Kinder und Jugendliche haben in Österreich immer noch nicht den Stellenwert, der ihnen zusteht. Anliegen, die junge Menschen betreffen, werden auch von der Politik als weniger wichtig erachtet als die anderer Bevölkerungsgruppen", so BJV-Vorsitzende Rodaina El Batnigi.

Auch die jüngsten Bestrebungen der Regierung zum Thema Kinderrechte gehen für die BJV zu wenig weit: "Es reicht nicht aus, lediglich einzelne Rechte aus der UN-Kinderrechtskonvention in der Verfassung zu verankern. Wir haben von Beginn an gefordert, die gesamte Konvention in Verfassungsrang zu setzen, darüber hinaus aber auch Bewusstseinsbildung, Monitoring und Förderung von Kinderrechtsprojekten voranzutreiben. Nur so können die Kinderrechte endlich auch in der Realität ankommen", betont El Batnigi.

Die Regierung müsse sich außerdem für ein förderliches Umfeld für Kinder und Familien einsetzen:  
 "Neben dem notwendigen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch durch flexiblere Arbeitszeiten gefördert werden. Außerdem muss das verbreitete Bild, wonach vorrangig Frauen für die Versorgung von Kindern zuständig seien, endlich aufgebrochen und die Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen umgesetzt werden", so El Batnigi.  
 Ohne diese Maßnahmen werde sich an der beschämenden Kinderunfreundlichkeit in unserem Lande leider so schnell nichts ändern, hält die Vorsitzende abschließend fest.

Rückfragehinweis:

Bundesjugendvertretung  
 Mag.a Nicole Pesendorfer  
 Öffentlichkeitsarbeit  
 Tel.: 01/ 2144499-15  
 Mobil: 0676/ 880 111 048  
 mailto: [nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at](mailto:nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

## MÄNNER IM KINDERGARTEN

### Männeranteil in Norwegens Kitas

In Norwegen liegt der Männeranteil am Personal von Kindertageseinrichtungen mit 8,5 Prozent fast dreimal so hoch wie in Deutschland. Kari Emilsen arbeitet als Professorin an der Königin-Maud-Hochschule Trondheim in der Ausbildung von elementarpädagogischen Fachkräften. Sie war von 2008 bis 2010 eine der Koordinator/innen der norwegischen Initiativen zur Erhöhung des Männeranteils im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes für Geschlechtergerechtigkeit in Kindergarten und Grundschule.

<http://www.erzieherin.de/maenneranteil-in-norwegens-kitas.php>

## MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

### "Die Vermeidung der Risiken ist das größte Risiko"

Politologe Anton Pelinka über die Lösung für die rot-schwarze Blockadepolitik, das Erfolgsrezept der FPÖ und das inhaltliche Vakuum der Grünen

<http://derstandard.at/1304554085837/derStandardat-Interview-Die-Vermeidung-der-Risiken-ist-das-groesste-Risiko>

## PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

## Vorlagen: Unterricht

### Schulische Tagesbetreuung soll ausgebaut werden

Mit einer Sammelnovelle des Schulorganisationsgesetzes, des Schulunterrichtsgesetzes, des Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetzes sowie des Hochschulgesetzes ([1209 d.B.](#)) will das Unterrichtsministerium dem Mangel an Tagesbetreuungsangeboten an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen und AHS begegnen und damit einer wesentlichen Forderung des Regierungsabkommens nachkommen. Das Gesetzespaket stellt dabei nicht nur auf den Ausbau des bestehenden Angebots und die Ermöglichung der schulartenübergreifenden Führung von Betreuungsgruppen an Pflichtschulen ab, sondern auch auf die Implementierung des neuen Berufsbilds der "ErzieherIn für die Freizeit an ganztägigen Schulformen". Um auf entsprechend qualifiziertes Personal für diese Tätigkeit zurückgreifen zu können, soll außerdem eine einheitliche Ausbildung für Freizeitpädagogik verankert werden, heißt es im Entwurf.

"ErzieherInnen für die Freizeit an ganztägigen Schulformen" seien dazu berufen, den SchülerInnen verschiedene Arten der sinnvollen Freizeitgestaltung näherzubringen, dürften jedoch nicht in die individuelle Lernzeit (Erledigung der Hausaufgaben und Wiederholung des Lernstoffs) eingreifen, führt die Gesetzesvorlage aus. Ihre Ausbildung soll an den Pädagogischen Hochschulen in Form eines einjährigen Hochschullehrgangs nach bundesweit einheitlichen Standards erfolgen.

Für die Ausweitung des Betreuungsangebots und die in Folge zu erwartende Erhöhung der InteressentInnenzahlen veranschlagt der Entwurf Mehrausgaben in Höhe von rund 5,8 Mio. € jährlich. Diese fielen jedoch ausschließlich für den Einsatz von PflichtschullehrerInnen im Bereich der gegenstandsbezogenen und individuellen Lernzeit an: Werden PädagogInnen für die Freizeitgestaltung eingesetzt, sind durch den Bund keine Ausgaben zu refundieren, da hierfür die Schulerhalter zuständig seien. Was die Implementierung von durchschnittlich drei Lehrgängen für Freizeitpädagogik pro Bundesland anbelangt, rechnet man mit einem finanziellen Aufwand von rund 1,5 Mio. €, der ab 2012 erstmals zur Gänze fällig werde.

In Hinblick auf die Gruppengröße bleibt es laut Gesetzesvorschlag den Ländern unbenommen, auf landesgesetzlicher Ebene Regelungen entsprechend den regionalen Anforderungen zu treffen, die vorgenommene Änderung des Schulorganisationsgesetzes sieht allerdings vor, dass eine schulische Tagesbetreuung ab 15 SchülerInnen jedenfalls zu führen ist. Sollte diese Zahl auch bei schulartenübergreifender Führung der Tagesbetreuung nicht erreicht werden und das Angebot damit nicht zustande kommen, ist auf eine Mindestzahl von 12 SchülerInnen abzustellen, heißt es im Entwurf.

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2011/PK0558/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0558/index.shtml)

## VORSCHULE

### Vorschule macht sich bezahlt - für Staat und Kinder

Kinder profitieren bis ins Erwachsenenalter vom Besuch einer Vorschule. Deren Absolventen erreichen einen höheren Bildungsabschluss, bekommen ein höheres Einkommen und geraten seltener mit dem Gesetz in Konflikt als jene Kinder, die lediglich einen Kindergarten besucht haben.

Dies zeigt eine Untersuchung aus den USA. Am stärksten profitieren Jungen sowie Kinder von Schulabbrechern von einem frühen Bildungsprogramm, schreiben Forscher im Journal «Science».

Arthur Reynolds und seine Mitarbeiter von der University of Minnesota (Minneapolis/US-Staat Minnesota) hatten die Lebensläufe von 989 Kindern verfolgt, die zwischen 1979 und 1980 geboren wurden und in Chicago einen staatlichen Kindergarten sowie eine staatliche Vorschule besucht hatten. Die Wissenschaftler verglichen ihre Versuchsgruppe mit 550 Kindern, die zwar einen ähnlichen sozialen Hintergrund hatten, aber nicht an einem Vorschulprogramm teilgenommen hatten.

Nach 25 Jahren, als die ehemaligen Kleinkinder ein Alter von 28 Jahren erreicht hatten, zeigten sich die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen: Außer einem höheren Bildungsabschluss und einem höheren Einkommen bekamen die ehemaligen Vorschüler bessere Jobs und waren besser krankenversichert. Außerdem gab es unter ihnen weniger Drogen- oder Alkoholabhängige. Auch ins Gefängnis mussten die Angehörigen der Vorschul-Gruppe seltener.

Der Besuch einer Vorschule fördere die kognitiven Fähigkeiten der Kinder - so erklären die Wissenschaftler den Erfolg des Förderprogramms. Darüber hinaus wirke sich die frühe Einbeziehung der Eltern in die Bildung der Kinder sowie die frühe soziale Anpassung der Kinder positiv auf ihre Entwicklung aus. Eine staatlich geförderte Früherziehung zahle sich aus - auch angesichts der hohen Kosten, die durch einen Schulabbruch und die damit verbundenen Probleme entstünden, schreibt das Team.

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1165485>

## VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

### Podiumsdiskussion zum Bildungsvolksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“

der Initiative Bildung GRENZENLOS → [Programm](#)

Möglichkeit zur Unterzeichnung der Unterstützungserklärung

Beratungsangebot zu Schulfragen

Datum: Mo, **20. Juni 2011**  
 Zeit: 19 Uhr  
 Ort: KunstSozialRaum Brunnenpassage  
 Brunnengasse 71/Yppenplatz  
 1160 Wien

### Erfolgsfaktor Familie - Wege zu einer gerechten Familienpolitik

Der Dritte Präsident des Nationalrates Mag. Dr. Martin Graf lädt zur Veranstaltung und Buchpräsentation in das Palais Epstein ein → [Programm](#)

Datum: Di, **14. Juni 2011** – 18 Uhr

---

---

## SONSTIGES

---

### "Eine gute Ausbildung für die Kinder und ich kann in Frieden sterben"

Vor einem Jahr war Lusta arbeitslos, heute leitet sie eine Vorschule im Kapstädter Township Khayelitsha - auch dank österreichischer Starthilfe

<http://derstandard.at/1304552881769/Township-Reportage-aus-Kapstadt-Eine-gute-Ausbildung-fuer-die-Kinder-und-ich-kann-in-Frieden-sterben>

---

## IMPRESSUM UND HINWEISE

---

### Plattform EduCare

**Postadresse:**

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

**Telefon:** +43 (664) 73592265

**Faxnummer:** +43 (1) 7485469

**E-Mail:** [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

### Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!